

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,75 Mk., ausser Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Morgen-Ausgabe. Saale-Zeitung.

werden die Gehaltene Kolonienliste oder deren Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in weiteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditoren angenommen.

Funfundsberzigster Jahrgang.

Nr. 209.

Halle a. S., Freitag, den 5. Mai.

1911.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“ werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Expeditionen angenommen.

Die Fernspreckgebührenordnung in der Budgetkommission.

Die Fernspreckgebührenordnung wurde, wie erinnerlich, vor Ostern, noch bevor man in die zweite Lesung eintrat, vom Plenum ohne weiteres an die Budgetkommission zurückgegeben, die die Vorlage schon in zwei Lesungen beraten und eine neue Fassung beschließen hatte.

Am Dienstag trat sie wieder zusammen, um die Beratung gemässverfahren in einer dritten Lesung fortzusetzen. Die Grundlage der Beratung bildet jetzt das neueste Kompromiß, das kurz vor den Osterferien die Abgg. Dr. Droehrer (kons.), Freiberger v. Gamp (Rp.), Herzog (Wirtsch. Pgg.) und Raden (Ztr.) vorgelegt haben.

Staatssekretär Kraetke betont demgegenüber, daß für die Leistungen bezahlt werden müsse. Daß eine übertriebene Benutzung des Fernsprechers stattfindet, sei damit gar nicht gesagt. Die Vorlage trage nur dem Bedürfnis Rechnung. Ein Zentrumsredner vertritt den Standpunkt, daß die Reichspostverwaltung Ueberhörschlüsse abwerfen soll.

leren und kleineren Betrieben. Ein volksparteilicher Redner findet die einzige Kopie in dem Kunden in der Fernspinnung. Weder der Mittelstand durch stärkere Belastung der Großbetriebe, der Warenhändler denn wirklich entlastet? Für viele Betriebe sei das Telefon Handwerkszeug und sollte nicht versteuert werden.

Die Kommission vertagte sodann die weitere Beratung, bis das Reichspostamt das Zahlenmaterial vorgelegt haben würde.

Deutscher Reichstag.

186. Sitzung, Donnerstag, den 4. Mai 1911.

Am Tische des Bundesrats: Dr. v. Vindequill, Wermuth, Präsident Graf Schwerin-Kwizik eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Rechnungslofen.

Erste Beratung kolonialer Rechnungen für 1905 und 1904. Abg. Erpberger (Ztr.): In den letzten Jahren ist die Verlesung der Rechnungen endlich zu einem Zeitpunkt erfolgt, der bezeichnend zu nennen ist.

Die auf der Tagesordnung stehenden Rechnungslofen werden erörtert, zum Teil der Rechnungskommission überwießen, zum Teil in zweiter Beratung genehmigt, der vorjährige Bericht der Reichshuldenkommission zur Kenntnis genommen.

Abg. Dr. Goerde (nl.) als Berichterstatter für eine Resolution der Budgetkommission, den Reichstages zu erlösen, dafür Sorge zu tragen, daß bei der schließlichen Leistung von Bauten beiraten Beamten erneut zur Pflicht gemacht wird, den ihnen zur Ausführung übertragenen Bauplan und Kostenanschlag strengstens einzuhalten und — abgesehen von dringenden Notfällen — Abweichungen vom Plane und Ueberlieferungen des Anschlagens ohne vorherige Genehmigung ihrer vorgelegten Behörde vorzunehmen.

Abg. Noke (Soz.) bringt als Berichterstatter zu einer anderen Sache eine weitere Resolution der Kommission zur Sprache, die große Stadtüberstellungen des Kammerer Gouverneurs v. Puttamer zum Anlaß hat, worin die strenge Durchführung der den Beamten obliegenden Faltung verlangt wird.

Abg. Erpberger (Ztr.): Das genügt nicht. Es muß da eine Disziplinuntersuchung eingeleitet werden. Auch bei Abänderungen genehmigter Baupläne müsse viel schärfer vorgegangen werden. Mit solchen Resolutionen wird einem afrikanischen Beamten nicht imponiert.

Abg. Dr. Goerde (nl.): Das ging in den der Kommission zur Sprache gebrachten Fällen nicht, denn die Leute waren nicht mehr Beamte.

Abg. Erpberger (Ztr.): Ja, dann drehen wir uns im Kreise. Dann muß eine Resolution zum Beamtengesetz eingebracht werden.

Abg. Dr. Mugan (Rp.) legt den traurigen Fall dar. Eine Meinungsverschiedenheit besteht bei den Rednern in der Sache nicht. Die Resolutionen der Rechnungskommission werden angenommen.

Petitionen.

Der Zentralverband deutscher Bädermeister, der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine u. a. wenden sich in mehreren Eingaben gegen die vom Bundesrat aufgestellten Grundläse für die

Einrichtung und den Betrieb der Bädererien.

Insoweit diese Grundläse bezw. die auf Grund ihrer erlassenen Verordnungen sich auf die bauliche Beschaffenheit bezüglicher Anlagen mit nichtwiderlicher Kraft erlassen. Die Eingaben verlangen eine Forderung einer schonenden Durchführung der Bäderereinerordnung in bestehenden Anlagen beschränkten, sollen nach dem Kommissionsantrag dem Reichstagesler zur Ermägung überwießen werden. Das Plenum des Reichstages hat jedoch vor Ostern über diese Petition verhandelt, aber die Besprechung nicht zum Abschluß gebracht.

Abg. Dr. Goerde (nl.) empfiehlt den Kommissionsantrag unter Anführung eines Schulbeispiels. Der soziale Zug hat nicht bei den Arbeitern aufzuhören und vor allem nicht da, wo das Handwerk in Frage steht.

Abg. Schefel (Ztr.) ergänzt aus seinen jährlichen Erfahrungen als Bädermeister das vom Vordredner angeführte Beispiel durch weiteres Material. Es wird in der rigorosen Weise gegen die Bädermeister vorgegangen, sie werden zum Teil geradezu ruiniert und die Hausbesitzer geschädigt, besonders auch in Berlin. Die Bäder sollen das Sanktel sein für die sozialpolitischen Experimente. Dem Bädermeister gegenüber wird das Prinzip des Rechtsstaates nicht angewandt. Wo bleibt das Wort des Kaisers: Dem Handwerk muß geholfen werden?

Abg. Binder (Soz.) verlangt Uebertrag zur Tagesordnung. Man sollte die Bäderereinerordnung eher verdrängen. Vor zwei Jahren hat die Petitionskommission Tagesordnung beantragt und jetzt ist sie schon bei Erwägung. Die Verordnung hat vor allem schon in der Richtung der Reinktheit in den Bädereien günstig gewirkt.

Abg. Günther (Rp.): Vor einer Ueberprüfung der Durchführung der Bäderereinerordnung muß doch gemerkt werden. Gewiß, die Verordnung ist eine sozialpolitische Maßnahme, aber es wäre eine Härte sonderlicher, sie ohne weiteres in kurzer Zeit durchzuführen, in einer Weise, daß berechtigter Interessen der Bäderereiner geschädigt werden. Was die Reinktheit anlangt, so soll man nicht verzweifeln. Gegenüber den Angriffen des Abg. Schefel kann ich nur erklären, daß nach meinen Informationen der Antrag der Petitionskommission auch die Zustimmung meiner politischen Freunde gefunden hat und daß eine Divergenz in dieser Beziehung in meiner Richtung nicht besteht. Ich richte also auch an die verbündeten Regierungen die Bitte, die Verordnung so durchzuführen, daß sie den hygienischen Anforderungen entspricht, aber auch den berechtigten wirtschaftlichen Ansprüchen der Bäderereiner entgegenkommt.

Abg. Frhr. v. Gamp (Rp.): Seit Jahren haben wir gegen die Bäderereinerordnung in der Art, wie sie gehandhabt wird, gekämpft und wir haben da allein; um so mehr begrüße ich die jetzige Unterstüßung vom Zentrum. Hoffentlich wird es uns auch in anderen Fragen, z. B. bei der Reformirung, nader kommen: der Kardinalfehler der unserer ganzen sozialpolitischen Gelesung ist, daß man die Ausführung überall den verbündeten Regierungen überläßt, der Reichstag muß selbst die Verantwortung übernehmen. (Sehr richtig.) Hinter dieser Petition der Bäderereiner steht, so weit Erwägung beantragt ist, der ganze Reichstag. Auch die Freistimmigen sind jetzt dafür. Rein Gewerbe bietet dem Arbeiter in die Möglichkeit der Selbständigmachung wie gerade die Bäderei. Meine politischen Freunde sind in der Tat für eine großzügige Sozialpolitik eingetreten (Lachen links), aber gegen diese Art der Gesetzmacherei haben wir schon oft schwere Bedenken erhoben und wir freuen uns, daß uns jetzt fast der ganze Reichstag zustimmt.

Abg. Meißberg (Wirtsch. Pgg.): Alle bürgerlichen Parteien halten eine rigorose Durchführung der Verordnung ohne schwere Schädigung der Bäderereiner für unmöglich. Hoffentlich richtet sich die Regierung danach. Die ganze deutsche Bäderei ist mit Vorurteilen über Sauberkeit einverstanden und wünscht die Ausmerzung der Elemente, die dagegen verstoßen. Der Redner spricht sich gegen die sozialdemokratischen Angriffe auf die Bäderereiner und fordert das deutsche Volk auf, soweit es national ist, sich um die Bäderei zu kümmern. Taurig, daß die Regierung so fremd im praktischen Leben ist. Die Regierung wird in infanter Weise angewendet. (Präsident Graf Schwerin rügt den Ausbruch.)

Abg. Giesberts (Ztr.): Mithände haben zweifellos gefunden, sie werden durch die Verordnung befestigt. Die Bäder haben sich zu großen und ganzen mit der Verordnung abgefunden. Hinter den Petitionen stehen eigentlich nicht die Bäderereiner, sondern die Hausbesitzer.

Abg. Koppich (Rp.): Die Bestimmungen der Verordnung sind zu bürokratisch, Sauberkeit und Reinktheit sind nicht abhängig von 2 Zentimeter Höhe mehr.

Abg. Behel (Soz.): Ich habe im Jahre 1890 eine Broschüre über die Lage der Arbeiter in den Bädereibetrieben geschrieben. Es waren grauenhafte Zustände. Meine Broschüre hatte ungeheures Aufsehen gemacht. Ich rechne es mir als Verdienst an, den Anlaß zu den amtlichen Enquêtes und zur Bäderereinerordnung gegeben zu haben. Wo ist die Arbeitergesetzgebung entstanden worden, die nicht zunächst den allerbesten Interessen der Arbeiterherg hervorgerufen hat?

Abg. Naab (Wirtsch. Pgg.) weist die Behauptung zurück, als ob seine Partei mit dem schwarz-blauen Vlod durch die Finanzreform Erfindungen vertrieben habe. Der Antrag der Petitionskommission wird angenommen. Die nächste Petition betrifft den

Erlaß eines Reichstagesgesetzes.

Der Verein „Frauenwohl Groß-Berlin“ und der „Preussische Landesverein für Frauenwohl“ fordern angelehnt der vielen sozialen Mithände im Bürenwesen, die die weiblichen Bürenmitarbeiter besonders ihr treffen. Ein Reichstagesgesetz, das allen Bürenangehörigen ein Mindestmaß von hygienischen und rechtlichen Schutz gewährt und den Interessen der weiblichen Bürenangehörigen Rechnung trägt durch Regelung der Kostfrage, (Lieferung des billigen und modernen Bekleides), sowie durch einen größeren Schutz der Mutterschaft (Berücksichtigung der Sonntage, Beteiligung des Schwangerschaftsparagrafen, sowie des Heiratsoberdts, Einführung einer Mutterschaftversicherung). Die Kommission beantragt, diese Petition als Material zu überwießen.

In einer anderen Petition bittet Fräulein Buchholz in Elbersfeld um Erlaß eines Reichstagesgesetzes und bietet für den Fall des Inkrafttretens einer Reichs- oder Staatsoberstüßung zum

Schule deutscher Bühnengehöriger eine Stiftung von 100 000 Mark. Die Kommission beantragt, diese Eingabe zur Kenntnis zu nehmen und zu übermitteln.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) befragt die Kommission. Die jetzigen Zustände sind unzulässig. Wie steht es mit den Vorarbeiten zum Reichstagesgesetz? Aber da bin ich wie der Prediger in der Wüste: ringsum gäbe es Leute, die den Regierungsmann nicht da, sehr beaufrecht!

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Wp.) schließt sich dem Vorredner vollkommen an. Die Vorarbeiten sollen beschleunigt werden. Auch mit den Schmierer-Beziehungen möchte man sich befassen. Es ist ein glänzendes Glend, das zum Himmel steigt. Die Lösung dieser Fragen sollte die erste Aufgabe des neuen Reichstages sein.

Abg. Götz (Soz.) stimmt zu. Den Bühnengehörigen wird jetzt glücklicherweise die Bedeutung der Organisation klar. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Der Inhaber eines Patentes in Braunschweig bittet um Abänderung des § 137 der Gewerbeordnung, der verbietet, daß Arbeiter am Sonnabend, sowie am Vorabend der großen Feiertage über fünf Uhr nachmittags hinaus beschäftigt werden. Der Zentralausschuß der Vereinten Buchbindereiverbände Deutschlands möchte ebenfalls Abänderungsvorschläge.

Ueber die Petitionen wird nach kurzer Besprechung, an der sich die **Abg. Wang (Wp.)**, **Giesberts (Ztr.)** und **Albrecht (Soz.)** beteiligen, zur Tagesordnung übergegangen.

Die Antiqua.

Der Allgemeine Verein für Antiquität rückt an den Reichstags die Bitte, erstens die allgemeine Zulassung der Antiquität, vor allem der Handschriften, im amtlichen Verkehr der Reichsbehörden zu erwidern; zweitens, daß allgemein der erste Schreib-Lehrerunterricht in der Kalligraphie mit der leichten Antiquität beginne. Die Petitionskommission beantragt einstimmig, die Petition zur Verwirklichung zu überweisen.

Abg. Windward (Wirtsch. Vgg.) beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Dr. Stengel (Wp.) begründet als Berichterstatter den Antrag der Kommission. Die heutige Schrift ist eine Fälschung und nicht eine wirklich deutsche Schrift. (Hallo, Värm.) Das wird nicht mit hohen Worten, daß das Deutschtum in Gefahr sei, erledigt. Das Deutschtum hat mit der Schrift nichts zu tun. (Gelächter, Värm.) Der Redner begründet seine Forderung mit pädagogischen Rücksichten, mit der Rücksicht auf die Deutschen im Auslande. Die Antiquität wird die allein richtige sein, aber darum nicht die alleinige.

Abg. Dr. Pfeiffer (Ztr.) spricht für die deutsche Schrift. Wir sollten unsere geistigen Güter erhalten. Die Petitionen dringlichsten, allmählich die deutsche Schrift vollständig auszuscheiden. Die deutsche Schrift geht neben der Entwidlung des deutschen Volkes her. Luther hat mit gutem Grund seine Predigten in deutscher Schrift ins Volk geworfen. Im deutschen Parlament haben wir die Pflicht, für unsere bewährte deutsche Schrift einzutreten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Henning (konf.) spricht in gleichem Sinne.

Abg. Götz (Soz.) Ich habe vorhin die Lohndrücke draußer vor der Tür nachgegeben und siehe da, von allen Herren, die ich hier sehe, haben ganze zwölf sich als gute Deutsche erwiesen, indem sie ihre Namen in deutscher Schrift eingetragen haben, alle anderen in Antiqua. (Große Heiterkeit.) Auch Herr Zentrumsman ist auch Herr Pfeiffer's Ratgeber; auch er steht draußer mit seinem guten deutschen Namen in Antiqua. (Heiterkeit.) Hoffentlich werden Sie Ihre patriotische Umwandlung nicht so weit ausdehnen, daß Sie all den Herren die Diktaen entziehen. (Große Heiterkeit.) Die lateinische Schrift ist die internationale Verkehrs- und Verbindungschrift.

Abg. Dr. Stengelmann (nl.) Die Tragweite des Beschlusses, den wir heute fassen, wird außerordentlich überhöht. Man stellt die deutsche Schrift als die Schrift der deutschen Kultur hin. Warum wird dann in den deutschen Schulen daneben noch Antiqua gelehrt? Es gibt hunderte Namen in jedem Lager. Die Goethe-Gesellschaft bezieht sich durchaus auf Antiqua, weil sie glaubt, im Geiste Goethes zu handeln. Wenn unsere großen deutschen Zeitungen in Antiqua erscheinen, werden sie dem Auslande leichter verständlich sein. Es handelt sich um eine Zweckmäßigkeit und um keine Parteifrage.

Abg. Dr. Maunann (Wp.) spricht gegen den Abg. Stengel für die Beibehaltung der deutschen Schrift. Das meiste, was wir von Goethe haben, ist in Deutsch geschrieben. Es handelt sich um keine Parteiangelegenheit, sondern jeden einzelnen stellt sein künstlerisches, wissenschaftliches, deutschsprachliches Empfinden. **Abg. v. Liebert (Wp.)** Nach dieser rednerischen Leistung für die deutsche Schrift erwidert sich wohl weitere Ausführungen. (Zustimmung.) Dem Vernehmen habe ich über Ausdruck zu geben über die Haltung des Regierungskommissars in der Kommission, daß die Reichsregierung so wenig Fähigkeit hat mit den Anschauungen und den Gefühlen des ganzen deutschen Volkes. (Beifall und Widerspruch.) Ein Volk von hundert Millionen, mit der reifen Literatur der Welt, hat doch wohl den Anspruch, seine Sprache in der eigenen Charakteren widerzugeben.

Abg. Windward (Wirtsch. Vgg.) wird mit Värm und Gelächter empfangen: Während der Rede des Abg. v. Liebert war schon ein Leben auf der linken, daß wir auf der äußeren Rechten nur wenig von der Rede verstanden haben. Ist das eine unparteiliche Verhandlung? Wir haben uns geteilt, mit Herrn Maunann voll übereinstimmend. (Geläch, Värm; die Sozialdemokraten und Freiwillichen konfessionen Maunann.)

(Fortsetzung folgt.)

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung. Donnerstag, den 4. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertische: v. Trott zu Solz, v. Dallwitz. Beratung des schließlichen sozialdemokratischen Antrages, betreffend

Einstellung eines gegen den Abgeordneten Dr. Liebknecht

beim Ehrengericht der Anwaltskammer zu Berlin schweden den Verfahren.

Berichterstatter **Abg. Peltzahn (Wp.)** beantragt namens der Kommission die Ablehnung des Antrages.

Abg. Hirsch (Soz.) bittet um Annahme des sozialdemokratischen Antrages.

Abg. Roeren (Ztr.) Nach der bisherigen Praxis ist die Einstellung eines Verfahrens gegen den Abgeordneten immer beschloffen worden, wenn besondere Gründe gegen die Einstellung

nicht vorliegen. Strafverfahren und Disziplinarverfahren sind hier gleich zu achten. Wir lehnen den Kommissionsantrag ab. **Abg. Mathis (nl.)** Der Sinn der Verfassungsbestimmung ist freilich, daß von dem Recht der Einstellung eines Verfahrens nur dann Gebrauch gemacht werden soll, wenn die Tätigkeit der Abgeordneten darunter leiden könnte. Aber es liegt andererseits kein wesentlicher Grund vor, von der bisherigen Praxis, wie sie nun einmal bestet, abzuweichen, und wir sind deshalb gegen den Kommissionsantrag.

Abg. Traeger (Wp.) spricht sich für den sozialdemokratischen Antrag aus. Man sollte an der bisherigen Praxis festhalten, auch schon aus dem Grunde, weil sicherlich sonst von der sozialdemokratischen Presse ein Abweichen propagandistisch verwerdet werden würde.

Abg. v. Brandenstein (konf.) Es ist nicht alles, was hier Brauch ist, berechtigt. Die Gefährdungskommission ist schon bei einem Falle einstimmig zu der Ansicht gekommen, daß nur dann die Einstellung beschloffen werden kann, wenn besondere Gründe dafür sprechen. Die Sozialdemokraten berufen sich immer auf die Stimme des Volkes. Ein königstreues Volk ist offenbar in den Augen der Sozialdemokraten überhaupt kein Volk. Ein königstreuer und gottgetreuer Mann ist nach deren Auffassung entweder lächerlich oder ein verdamntes Subjekt. Freilich soll man den Abgeordneten nicht die Möglichkeit nehmen, hier an den Thronen teilzunehmen. Man sieht aber, daß hier meist nicht die Hälfte oder nicht ein Drittel der Abgeordneten erscheint. Wenn man das als eine Pflichterfüllung ansehen wollte, würde diese Vermählung die pflichterfüllende sein, die wir in Preußen haben. (Lebhaftes Geklächel b. d. Soz.) Durch Einstellung von Verfahren kann unter Umständen die Weiterverfolgung einer Sache unmöglich gemacht werden. Das geht darauf hinaus, das Recht zu durchbrechen. (Geht richtig! rechts.) Ein Mitglied des Hauses hat sich eigentlich lässlich gegen den Antrag ausgesprochen, aber dafür, weil es sich um einen Sozialdemokraten handelt. (Hört, hört! rechts.) Ähnlich hat sich auch der Abg. Traeger ausgesprochen. Man muß eben vorichtig gegen die Sozialdemokraten sein. Die Herren denken wohl an das Wort: „Was kommt danach?“ Wir überlegen: „Ein anderer fragt, was ist das Recht? Und dadurch unterschleibt sich der Freie von dem Knecht.“ Wir Konfessionen fühlen uns vollständig frei und lehnen einmütig den Antrag auf Einstellung ab. (Lebhafter Beifall b. d. Konf.)

Abg. Bredel (nl.) Aus rein sachlichen Erwägungen halten wir an dem Kommissionsantrage fest. Die Verfassung soll gegenüber einem unrichtigen Brauche wieder hergestellt werden. (Beifall rechts.)

Abg. Bruck (Ztr.) In meinem Falle lag die Sache anders. Wir werden gegen den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. v. Seh-Jaworski (Wp.) Wir stimmen gegen den Kommissionsantrag. Das Haus darf nicht verschulden, daß irgend ein Wahlkreis unvertreten sei.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.) Wir als Minoritätspartei verlangen keine Bevorzugung, sondern nur Recht. Warum schließt die Rechte das Volk zum großen Teil von Rechten aus? Wir vertreten das Volk (Rechten rechts). Sie nur eine privilegierte Klasse. Sie verdrängen Ihre Wahl dem Privilegienstium und dem Terrorismus. (Lachen rechts.)

Abg. Dr. Liebknecht (nl.) Den Vorschlag des Abg. v. Brandenstein, daß nicht sämtliche Gründe für einen Teil des Hauses maßgebend seien, welche ich für meine politischen Freunde jurid. Nach Prüfung des Falles haben wir gefunden, daß er nicht dazu anhalten ist, von der bisherigen Praxis abzuweichen. Uns ist es vollkommen gleichgültig, ob es sich um einen sozialdemokratischen Abgeordneten oder einen anderen handelt. (Beifall b. d. Mathis.)

Abg. Dr. Bell (Ztr.) spricht gegen den Kommissionsantrag.

Die Ausprache schließt. Auf Antrag des Abg. v. Brandenstein (konf.) wird namentlich abgestimmt und der Antrag der Kommission mit 123 gegen 116 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmten die Konfessionen und Freiwillichen und vom Zentrum der Abg. von dem Hagen, die übrigen Parteien stimmten geschlossen gegen den Kommissionsantrag.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über die

Besetzung blinder und taubstummer Kinder.

Der Entwurf bringt die Verpflichtung für blinde und taubstumme Kinder, den für sie eingerichteten Unterricht zu besuchen. Die Vorlage ist schon im Herrenhause beraten worden.

Abg. v. Röllchen (konf.) begrüßt den Entwurf, meint aber, daß der Staat zu viel Kosten auf die Provinzen und Kreise gewälzt habe.

Abg. Fehr. v. Zedlitz (nl.) Es handelt sich hier um ein Kulturwerk, mit dem der preussische Staat eine Ehrenpflicht erfüllt. Um der Frage der Kostenverteilung darf das Wert nicht fließen.

Abg. Schmieding (Ztr.) begrüßt ebenfalls die Vorlage, wünscht aber konfessionelle Anstalten für die taubstummen und blinden Kinder.

Abg. Dr. Schöder-Kassel (nl.) Die Nationalliberalen legen diesen Entwurf schon längst verlangt. Die blinden und taubstummen Kinder müssen für das Erwerbsleben herangebildet werden, damit sie sich auch selbst ernähren können. Die Verteilung der Kosten heißt uns aber nicht richtig geregelt. Für die konfessionelle Erziehung darf nur der Wille der Eltern ausschlaggebend sein. Wir beantragen Ueberweisung des Entwurfs an die Unterrichtskommission.

Abg. Ernst (Wp.) Unter allen Werken barmherziger Nächstenliebe steht die Fürsorge für die blinden und taubstummen Kinder in erster Reihe. Wir freuen uns daher über diese längst notwendige Vorlage.

Abg. Stycynski (Wp.) Der Gesetzentwurf ist für uns unannehmbar, wenn den politischen taubstummen und blinden Kindern in der Schule die Muttersprache vorenthalten wird.

Abg. Dr. Riehmert (Soz.) wendet sich gegen die Konfessionalisierung dieser Schulen.

Der Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Zentralvorbehaltliche im Regierungsbereich Straßland wird nach kurzer Bemerkung der **Abg. Fehr. v. Wallach (konf.)**, **Wesoldt (nl.)** und **Sippmann (Wp.)** und des Landwirtschafministers **Fehr. v. Schorlemer** in erster Lesung erledigt.

Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr: Sekundärbahnvorlage. Schluß 4¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Adolf Wörmann †

Adolf Wörmann, der Chef der Reederei-Firma C. Wörmann und der Wörmannlinie, ist gestorben. Wörmanns Bedeutung lag vor allem in der Erschließung des afrikanischen Verkehrs; an der Küste Afrikas sind die jetzigen Dampfer mit der grünweißen Farbe seit Jahren bekannt.

Die Dampfer der Wörmannlinie sowie der dieser Gesellschaft nachgehenden Deutsch-Afrika-Uniten waren die ersten, die eine regelmäßige Verbindung zwischen Deutschland und fast sämtlichen Küsten Afrikas herstellten, und noch neuerdings ist dieser Dampfer die Verwirklichung an der Fahrt nach dem besonders ausgiebigen Gebiet des Rango angestanden worden. Wörmanns Tätigkeit beschränkte sich aber nicht nur auf Schiffahrt und Reederei, sondern er unternahm auch in mehreren Gebieten Afrikas Anhebungen, Plantagen, Export- und Importgeschäfte, die zu einem beträchtlichen Teile das Einkommen der Firma Wörmann nennenswert. Er war einer der ersten, der den Wert der deutschen Schuggüter erkannte und zahlreich Gedere hierin investierte, die ihm jahrelang unverzinst blieben. In Anerkennung dieser Tatsache und im Hinblick auf die reichen Kenntnisse, die diesem „königlichen Kaufmann“ zur Seite standen, wurde er auf Vorschlag Bismarcks durch den Kaiser in den Kolonialrat berufen, eine Institution, die früher der Kolonialverwaltung heranzugewachsen war. Die Zugehörigkeit zu dieser Institution hat — daran erinnert sich das „B.Z.“ — Wörmann später in einer Weise ausgenutzt, die namentlich von politischer Seite schon zum Vorwurf gemacht wurde. Er diffidierte der Kolonialverwaltung die Bedingungen für die fiskalischen Transporte und schrieb Tarife vor, die dem Fachmann ungläublich erschienen. Es war, wie bekannt, eine der ersten Handlungen Dernburgs, die Verträge mit Wörmann ohne Kündigung aufzulösen.

Wörmann war zeitweise Vorsitzender der Hamburger Handelskammer und gehörte in der Zeit von 1884 bis 1890 dem Reichstage als Vertreter des dritten Hamburger Wahlkreises an. Auch in kaufmännischen Organisationen hat er eine führende Rolle gespielt: er gehörte 14 Aufsichtsräten an. So war er Vorsitzender des Aufsichtsrats der ihm nachgehenden Deutsch-Afrika-Uniten und der Schiffahrtsgesellschaft & Wörmann gehörte er an den Aufsichtsräten der Panama-Amerika-Uniten, mit der er für eine Zeit in den Vertragsverhältnissen stand, der Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft, der Diskontogesellschaft, der Norddeutschen Bank, der Real-Dynamit-Aktiengesellschaft usw. Außerdem war er Mitglied des Zentralausschusses der Reichspost. — Schon am 1. Januar 1910 war Adolf Wörmann, der ein Alter von 64 Jahren erreichte hat, krankheitshalber aus seiner Firma als Teilhaber ausgeschieden, blieb aber an der Kommanditgesellschaft C. Wörmann mit Kapital beteiligt.

Wörmann war zu Lebzeiten stets ein Autokrat, ein Herrschensmann, der weder nach oben noch nach unten Rücksicht kannte. Er war bei den höchsten Behörden genau so gefürchtet wie bei seinem Personal, und bekannt ist der jahrelange Konflikt, den er mit dem deutschen Verlegerverband geführt hat. Aber in Hamburg blieb man heute noch zu ihm empfindlich, wo er als ein „launenhaftiger Bismarck“ verehrt wird, ein Mann, der durch seinen Reichtum und rasche Energie aus kleinen Anfängen ein Weltunternehmern geschaffen hat.

Die „Halbes Den Dieb“-Methoden!

L.C. Nach der Methode des alten Wortes: Halbes Den Dieb, lügen die Konfessionen jetzt die Aufmerksamkeit davon abgelenkt, daß aus ihren Reihen Weltkungsperjuden gegenüber Sozialdemokraten unternommen worden sind. Es handelt sich dabei um die beiden Wahlkreise Straßburg und Berlin. Die beiden Wahlkreise Straßburg und Berlin sind die ersten Wahlkreise, die sich jetzt aus Konfessionen und Sozialdemokraten zusammensetzen, und die die Spender der beschuldigten Besetzungsumme gewesen ist, und zweitens, daß die Konfessionen dort die Angelegenheit nicht mehr akzeptieren wagen. Die uns zugegangene Nachricht lautet:

„Der in Demmin stationierte konfessionelle Parteiführer Jordan gab kürzlich in einer Versammlung zu Eulentenberg, in der der fortschrittliche Parteiführer Pössel einen Vortrag hielt, die Erklärung ab,

daß kein anderer als der konfessionelle Kandidat für Straßburg-Wagen, der frühere langjährige Reichstags- und Landtagsabgeordnete Kammerherr Freiherr v. Rippenhausen, selbst bei der letzten Wahl den Besetzungsvorschlag gegenüber dem sozialdemokratischen Kandidaten Genzen veranlaßt habe. Herrn Genzen wurden bekanntlich von einer dritten Seite, die selbst günstig unbemittelt war, 2000 Mark für den Fall der Stimmenghaltung bei der Stichwahl zwischen dem Herrn v. Rippenhausen und dem jetzigen freiwillichen Abg. Stengel offeriert. Die konfessionelle Partei habe aber, so fuhr Herr Jordan, fort, diese Tat nicht gebilligt, und habe daher Herrn v. Rippenhausen als Kandidaten fallen lassen und an dessen Stelle den Kandidat Freiherrn v. Waldburg-Bergen (einen Bruder des vormaligen preussischen Landrats) als Kandidaten für die nächste Reichstagswahl aufgestellt.“

Wir haben hier also ein solches und rundes Eingekändnis des konfessionellen Besetzungsvorlages in Straßburg-Wagen und die vor wenigsten Tagen herausgebrachte Behauptung der Deutschen Tageszeitung, jene Angelegenheit eine „alte unberechtigte Besetzungsvorlage“ zu sein, in autoritativer Weise von konfessioneller Seite selbst widerlegt. Die Besetzungsvorlage war zu sehr berechtigt. Denn wenn der konfessionelle Kandidat selbst in seinen Beifall greift und die Wähler hat, eine Partei, die er am Tage vorher noch als waterlandlos und antimoralisch gebrandmarkt haben dürfte, mit 2000 Mark zur politischen Ehrlosigkeit zu bewegen, so wird doch wohl gesagt werden dürfen, daß dieser schändliche Versuch „von konfessioneller Seite“ unternommen worden sei. Daß die konfessionelle Partei, nachdem die Sache ruchbar geworden war, den Mann nicht halten kann und sein Verfahren offiziell mißbilligen muß, ist selbstverständlich. Das löst aber die Tatsache nicht aus, daß hier, soweit uns bekannt geworden ist zum erstenmal, im politischen Leben Deutschlands ein offener Korruptionsverwurf konstatiert worden ist und daß die konfessionelle Partei es war, aus deren Reihen heraus jenes verabscheuenswerte Unternehmen begangen worden ist.

R. Das Kammergericht hatte sich mit der Rechtsfrage zu beschäftigen, ob ein Hausfrau als geschlossener Raum anzusehen ist. In B. hatten zwei Personen politische Flugblätter in der B. verteilt, daß sie die Flugblätter teils in private Briefkästen steckten, teils auf Hausflure warfen, die nicht verschlossen waren. Die Strafkammer verurteilte die Flugblattverteiler, weil sie die Flugblätter ohne politische Erlaubnis an öffentlichen Orten verteilt hätten. Die Entscheidung suchten die Angeklagten durch Revision beim Kammergericht an, welches die beiden Angeklagten unter Aufhebung der Orientierung freisprach, und u. a. ausführte, § 10 des Preussischen Verfassungsgesetzes vom 12. Mai 1851 sei durch § 30 (2) des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 mit der Maßgabe aufrecht erhalten worden, daß zu dem an öffentlichen Orten erfolgenden unentgeltlichen Verteilen von Druckschriften, soweit sie Aufsatz oder Bekanntmachungen enthalten, die Erlaubnis der Polizeibehörde erforderlich sei; diese sei aber nach § 43 des

Gewerbeordnung nicht nachzulassen, wenn es sich um eine nicht gewerbsmäßige Verteilung in geschlossenen Räumen handelt. Ein Passivfall müßte als ein geschlossener Raum angesehen werden; für die Frage, ob die Verteilung von Druckschriften in einem geschlossenen Räume stattfindet oder nicht, sei entscheidend der Ort, wohin die Druckschriften verteilt werden, nicht aber der Ort, wo sich der Verteiler der Druckschriften befindet.

Parteinachrichten.

Nationalliberal-freimänniges Wahlabkommen.

• Nordhausen, 4. Mai. (Privattelegramm.) Auf Drängen des nationalliberalen Zentralvorstandes in Berlin hat sich das hiesige Komitee für die national-liberale Kandidatur entschlossen, die nationalliberale Kandidatur für den Wahlkreis Nordhausen zurückzuziehen. (Wir begrüßen den Entschluß der Nordhäuser Nationalliberalen mit besonderer Freude und erblicken in diesem Schritt eine neue Garantie für eine liberale Waffenbrüderschaft in dem bevorstehenden Wahlkampf.)

Durch dieses Abkommen sind auch die Differenzen in den andern 4 freireichlichen Wahlkreisen unserer Provinz beseitigt. In Sangerhausen, Erfurt und Lötzen unterstützen die Freireichlichen die nationalliberalen Kandidaten, in Wittenberg die Nationalliberalen den Freimännigen Dr. Dove.

Alexie vermischte Nachrichten.

Ein amerikanisches Geschenk für Kaiser Wilhelm. Wie aus Washington, 3. Mai, berichtet wird, hat Präsident Taft das Kongreßmitglied Bartholdt zu seinem persönlichen Vertreter bei der Überreichung der Miniaturausbildung des Washingtoner Steubendenkmals an den deutschen Kaiser gewählt.

Staatssekretär Dr. Delbück hat bei dem Direktor des Gewerbebüros München Dr. Brenner, der sich hinsichtlich im vorigen Jahre große Verdienste um die Befreiung einer ganzen Reihe von Bauarbeiten aus dem Reichsamt gemacht hat, offiziell angefragt, ob Dr. Brenner geneigt sei, in das Reichsamt des Innern einzutreten. Dr. Brenner soll den Titel eines vortragenden Rates erhalten und im Reichsamt des Innern die Sozialpolitik zu bearbeiten haben. Dr. Brenner hat sich noch nicht entschieden, ob er dem Ruf folgen will.

Ausland.

Militärarrestanten als Falschmünzer.

8 Aus Paris wird gemeldet: Das Kriegsgericht von Alger hat einen interessanten Fall abgeurteilt. Im Dezember vorigen Jahres waren mehrere Häftlinge des dortigen Militärgefängnisses von einem Aufseher dabei ertappt worden, wie sie nacheinander in einer der Zellen, in denen sie untergebracht waren, falsche Franz- und 25 Centimesstücke fabrizierten. Die näheren von der Gefängnisverwaltung nun angestellten Nachforschungen ergaben, daß die Delinquenten eine ganze Falschmünzwerkstatt im miniatur in jener Zelle eingerichtet hatten. Aus dem Boden einer alten Kiste war ein Rezipient hergestellt worden, in den die Falschmünzer etwas Mörstel gebracht hatten. Dieser diente als Gießform und trug einen Rand aus getauntem und angefeuchtem Papier. Oben in der Form war ein kleines Loch angebracht, durch das die flüssige Metallmasse eingegossen wurde. Als Material dienten zinnene und kupferne Unformstücke, die, wie es scheint, billige wie Knochenerden sind. Die Gefangenen konnten sich davon so viele verschaffen, wie sie immer haben wollten. Aus einer alten Konferenzbüchse und einer Spatelfeder, die man aus einer Bettmatratze gezogen hatte, wurde dann feingerecht eine zwar ebenfalls recht primitive, aber den in sie gestellten Ansprüchen doch immerhin genügende Gießanlage gefertigt. In einen anderen Konferenzbüchsenboden kam das schmelzende Metall. Es wurde, wie gesagt, nur nachts gearbeitet. Aus dünnen Bettdecken hatten sich die Leute eine Art Zelt gemacht, damit die Aufseher den Lichtschein der Lampe nicht durch das Guckloch der Tür sehen konnten. Die auf diese Weise hergestellten Geldstücke sahen auf den ersten Blick gar nicht so übel aus, ließen sich aber durch ihr falsches Gewicht und durch den Klang leicht als nachgemachte erkennen. Es wurden zwar nur sieben 25 Centimesstücke und dreizehn falsche Franzstücke vorgefunden, doch glaubt man, daß die Gefangenen viel mehr hergestellt und bereits in Umlauf gesetzt haben.

Die vier Angeklagten erhielten, wie der „R. A.“ meldet, vom Kriegsgericht je 5 Jahre Zellenhaft und 10 Jahre Aufenthaltswort; sie wurden außerdem ihres militärischen Ranges entkleidet.

Aus Erbe Leopolds.

8 Aus Brüssel wird gemeldet: König Leopold von Belgien besaß in Brüssel eine Anzahl von Grundstücken, die auf dem wertvollsten Boden der Stadt lagen, und zwar in dem Teile am sogenannten alten Obernarkium bis zur Porte de Schaerbeek. Auf diese Grundstücke ist jetzt durch die Inventuraufnahme des Testamentsvollstreckers Baron Goffinet, wiederum die Aufmerksamkeit gelenkt worden. Es wird behauptet, daß die wertvollsten Grundstücke nicht Privatvermögen des verstorbenen Königs gewesen seien, sondern ebenso wie die Gelder aus der Niederfußbacher Stiftung zur Kronanleihe gehörten. Die Prinzessin Louise, die sich auf alle ausrichteten und zweifelhaften Prozesse einläßt, um ihre Gültigkeit zu bekräftigen, hat, nachdem sie von dem Zunachs der Hinterlassenschaft unterrichtet worden ist, auch auf diese Grundstücke auf dem Klagewege ihre Ansprüche geltend gemacht.

Spanien und Frankreich.

8 Aus Madrid wird gemeldet: In der spanischen Presse kommen in den letzten Tagen immer mehr Stimmen gegen das Vorgehen Frankreichs in Marokko zum Ausdruck. Die öffentliche Meinung ist hier hauptsächlich alarmiert durch die kürzlich erfolgte Ankunft verlebter französischer Offiziere in Agadiz und Larache, beides Punkten, die innerhalb der spanischen Einflusssphäre liegen. Der Premierminister Canalejas sucht durch Erklärungen an

die Presse zwar wie immer beruhigend zu wirken, ohne jedoch die Stellungnahme der öffentlichen Meinung direkt für unrichtig zu erklären. — Canalejas hat einem weiteren Madrider Telegramm zufolge selbst auf die in Spanien herrschende große Erregung hingewiesen. Er erklärte einem Berichterstatter des „Welt-Korrespondenz“, er sei wegen der Stimmung, die sich in der Presse und der Bevölkerung gegen die französische Unternehmung in Marokko geltend mache, sehr beunruhigt. Gewisse Kreise behaupteten, daß die Unternehmung den Interessen und dem Einfluß Spaniens abträglich sein müsse. Dagegen, die dies das düstern und schrieben, kannten die Frage nicht gründlich. Durch die diplomatische Verschwiegenheit werde nicht verhindert, daß Einzelheiten über die spanisch-französischen Verhandlungen enthielt würden, aber es sei dadurch zweifellos ein Zustand feindseliger Geminnung geschaffen, den er aufrichtig bedauere, der jedoch nicht verhehrt werden könne.

Kasse und Umgebung.

Salle a. S., 5. Mai.

Etwa 46000 Mark

dürfte das Erträgnis des hiesigen Kinderhilfsfestes sein. Es kann sich noch um ein paar tausend Mark ändern, denn die Ziffer ist nur geschätzt. Es können vielleicht 48000 Mk. werden oder noch eine Kleinigkeit mehr, aber jedenfalls wird das Resultat nicht ganz 50 000 Mk. erreichen.

In Mägen sind im Ganzen durch die Büchlein 18 Zentner eingeammelt worden. Genaueres sogleich nach Abschluß der Käufe und Rechenarbeiten.

• Im Hotel Metropol, Große Steinstraße (Wesler Rudolf Dietrich), fand am Mittwochabend anlässlich des Kinderhilfsfestes eine intime Feier statt, die bei regem Besuch sehr guten Verlauf nahm. Herr Emil Runitmann, der nach vielseitiger Tätigkeit sich auch hier wieder in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt hatte, unterhielt mit einem originellen Programm in tadelloser Weise die Zuhörer. Mit Vorträgen verzierte Herr Opernsänger Pawlowsky vom hiesigen Stadttheater — er war glänzend disponiert — den Gästen die Zeit. Von den weiteren Darbietungen wurden sowohl die stimmungsvollen Harmoniumvorträge wie auch die lustigen Stücke eines Instrumentalquartetts mit reicher Anerkennung entgegengenommen. Bei der glänzenden Unterhaltung aber wurde des guten Zweckes der Veranstaltung nicht vergessen und gern gegeben, floß Mark und Taler dem Kinderhilfsfestfonds zu.

In sinniger Weise hatte am Margaretenag der Bahnhofswirt die weihnachtliche Tische des Martialis I. und II. Klasse mit Bogen, die mit Margaretenblumen bedeckt waren, überspannt. Auf jedem Tische stand ein Straußchen frischer Margareten. Feststimmung umging hier den feinen Antömmel. Jeder, der hier einträte, sollte dem Wirte Dank für den freundlichen Empfang.

Ordensverleihungen.

Herr Rechnungsrat Paul Henschel zu Erfurt, der bisher in Halle wohnte, ist der Kasse vierter Klasse verliehen worden. Der pensionierte Eisenbahnangestellter Herr Wilhelm Stohmeier zu Halle a. S. hat das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens erhalten.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Der Kreisverein Halle a. S. des Verbandes Deutscher Bureaubeamten (Sitz Leipzig) hält seine Monatsversammlung am Sonnabend, den 6. Mai im Vereinslokal (Kugelhörnerrück) ab.

Verband der deutschen Besichtigungsbereisten. Der 1. Bezirksrat des Mitteldeutschen Ganges, dem die Ortsgruppen Kassel, Erfurt, Gotha, Halle a. S., Magdeburg und Weimar angehören, wird am 6. und 7. Mai in unserer Stadt abgehalten. Dem Kommissar im Hotel „Metzner Hof“ am Sonnabend schliefen sich am Sonntag morgen eine Besichtigung der Lebenswürdigkeiten der Stadt, die geselligen Verhandlungen im „Metzner Hof“, sowie am Nachmittag und Abend des 7. Mai eine Ballschicht auf der „Berghöhe“ an. Außer den Mitgliedern der direkt beteiligten Ortsgruppen werden zu den Veranstaltungen Wohnungen von fast allen Sektionen des Verbandes sowie die Mitglieder der Hauptverwaltung aus München erwartet.

Der französische Jünglingsverein an St. Ulrich (Leiter Pastor Heintze) feiert am kommenden Montag, den 8. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saale des Wintergartens das 15. Jahresfest. Das Ehrenmitglied des Vereins, Herr P. Klapproth-Göhlen hat einen Vortrag gehalten und zwar hat er als Thema gewählt „Unser Jünglingsverein“. Den Schluß des Abends bildet ein von dem selb. Vortragenden W. Cuhle verfasstes Theaterstück, das in mehreren Bildern das Leben eines Freundes und das eines Gegner der Jünglingsvereine schildert. Hierbei werden sich auch die Turner, Säger und Wanderer beteiligen. Freunde der Jünglingsvereinsfrage, besonders auch die Eltern und Lehrherren der Mitglieder sind zu diesem Familienabend willkommen. Einladungsarten sind bei Herrn P. Heintze zu haben.

Der Verein ehem. der Jünger von Halle a. S. und Umg. hält am Sonnabend, den 6. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Eiseller“, Nicolaistraße, seine Monatsversammlung ab, wozu alle ehem. Regimentskameraden, die dem Verein noch nicht angehören, willkommen sind.

Der Verein der Babener hält seine Monatsversammlung am 7. d. Mts. im „Goldenen Schiffchen“ ab, wozu alle Fansleute eingeladen sind.

Das Bürger-Rettungs-Institut hält seine Monats-Konferenz Dienstag, den 9. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, im V. Vereinslokal „Kronprinz“ ab.

Halle'scher Fußballsport. Leipziger Sportfreunde I — Britannia I. Wie schon kurz angekündigt, findet am kommenden Sonntag auf dem Britannia-Sportplatz (Sportplatz) ein Treffen obiger Mannschaften statt. Sportfreunde ist eine der beliebtesten Leipziger Mannschaften. In ihrem Verteidiger Hempel besitzen sie eine vorzügliche Kraft. Hempel spielte am Karfreitag in der heutigen Mannschaft gegen England mit und seine Leistungen wurden derart anerkannt, daß ihn das Publikum vom Platz zog. Sportfreunde konnte außer dem ehemaligen mitteldeutschen Meister Sport-Klub Erfurt (Resultat 3:1 für Sportfreunde), auch unsere „Bör“ auf eigenem Platz mit 2:1 schlagen; andererseits dürfen noch die Siege Britannias über Halle'sche Borussia zweimal mit 2:2

und Berliner Tennis-Borussia mit 2:0, sowie Sophopolern-Salle mit 1:1 unseren Sportinteressenten nach in Erinnerung sein. Beginn dieses Spiels 4 Uhr. Sonstige Spiele sind im Verbandsspiel Britannia III und 96 III gegenüber.

Provinzial-Nachrichten.

Das Ernst-Abbe-Haus.

Jena, 2. Mai. Gegenüber dem fast vollendeten Abbe-Denkmal und in unmittelbarer Nähe der gewaltigen Zeiß-Werke steht ein kleines unheimliches Häuschen, das dem Einheimischen und Fremden mit stiller Ehrfurcht betrachtet wird. Es ist gleichsam auch ein Denkmal — ein Denkmal der Selbstbeibehaltung für den größten Bürger des neuen Jena, Prof. Dr. Ernst Abbe, der dort über vier Jahrzehnte bis zu seinem Tode (14. Januar 1905) gewohnt hat.

Der hochbedeutende wissenschaftliche Forscher und reformatorische Bahnbrecher auf sozialem Gebiet, der seinen Verhältnissen nach in einem Palast hätte wohnen können, begnigte sich mit diesem bescheidenen Häuschen, das nach Abbe's Tode der Betriebskostenkasse zur Benutzung übergeben wurde; die anspruchsvolle Witwe Abbe's zog sich in die oberen Räume zurück. Jetzt besteht die Absicht, das Ernst-Abbe-Haus den Erweiterungsbedürfnissen des Zeißwerkes angepasst werden soll. Den abhälligen Neubergerungen aus dem Palastum stellt nun die Witwe Abbe's in einer öffentlichen Erklärung die Wünsche und Wünsche ihres Mannes bezüglich des Häuschens, wie er sie feierlich ausgesprochen, wie folgt gegenüber: „Ich hoffe und muß wünschen, daß der Abbe'sche Zeiß-Werke nach meinem Tode sich zu erweitern, daß die Stelle, wo unser Haus steht, einst als Bauplatz gebraucht werden könnte; in dem Falle vertritt mich, nicht am Eigentumsrecht teilhaftig, denn den Interessen der Allgemeinheit müssen die Privatinteressen weichen.“

Trotzdem wird die Agitation für die Erhaltung des Häuschens fortgesetzt und man ist bereits dabei, das Verfallen in dieser Frage als Grobmesser der Verschönerung für Abbe zu bezeichnen.

Wiederaufnahme des Stüttenbetriebes.

Halle, 3. Mai. Nach mehrjährigem Stillstand hat die hiesige Hütte der Harzer Werke ihren Betrieb, wenn auch nur erst mit kleinerer Arbeitszeit, wieder aufgenommen.

Halle, 4. Mai. (Goldene Hochzeit.) Das Schleifer Ernst Grothe's Ehepartner feiert am 20. d. Mts. das Fest der goldenen Hochzeit.

Halle, 4. Mai. (Neuer Kohlenfäure-Sprudel.) Unter der Leitung des Oberbergamts Geheimrats von Benckhoff ist bei der neuen Bohrung ein mächtiger Sulfidprudel in einer Tiefe von 670 Meter erschlossen worden, dessen Ergiebigkeit so bedeutend ist, daß sogar eine Entnahme von 12 bis 15 Kubikmetern in der Stunde den Spiegel nicht zum Sinken brachte. Von Zeit zu Zeit liefern große Kohlenfäurequellen auf. Die Wärme der Sole beträgt 22 Grad Celsius. Der Gehalt an Salz und sonstigen Mineralien ist bedeutend, etwa 27 p. H. Das Wasser ist von gewöhnlicher Härde. Die Ergiebigkeit dieser ergiebigsten Sole ist also eine ungeheure und damit ist Sieden als Vabert in ein neues Stadium seiner Entwicklung eingetreten.

Halle, 4. Mai. (Häuselhafter Schuß.) Mit einer sehr scharfen Schußverletzung wurde gestern gegen Abend der etwa 12jährige Sohn Robert des Bahnarbeiters Ulrich in das Paul-Gerhardt-Stift eingeliefert. Nach den Angaben will sich der Knabe mit seinem Bruder Fritz und den Gebrüthern Keller auf dem auf der Feldmark Trauzen in der Nähe einer Schöpfung belegenden Aders seines Vaters befunden haben, als aus der Schöpfung heraus ein Schuß fiel und er getroffen wurde. Sofort begab sich der Verletzte nach Hause und wurde auf ärztliche Anordnung dem Stift zugeführt. Bei der hier vorgenommenen Operation, die glücklicherweise verlief, wurde festgestellt, daß das Projektil, ein 6 Millimeter-Geschoss, in der Nähe des Nabels in den Leib gedrungen, es wärmte und Magenwand durchschlugen und am Rückenmark liegen geblieben ist, wo es gefunden und entfernt werden konnte. Durch die sofort eingeleitete Unternehmung wird es hoffentlich gelingen, den Täter zu ermitteln, um ihn zur Rechenschaft ziehen zu können.

Halle, 4. Mai. (Der Stadtoberordnetevermittlung.) In noch eine Vorlage zugegangen über die Vermittlung von 10 000 Mk. und einer Bürgschaft in gleicher Höhe für den Kündigung 1911.

Halle, 4. Mai. (Kleine Urjahe, große Wirkung.) Eine Hausbesitzerin in dem ostthüringischen Städtchen Unna erließ folgendes Inerat: „Sauserkauf. Mein in der Wobchörner'schen belegenden Haus will ich, weil mein Nachbar Binders Junge mit einer Pfeiler getroffen hat, sofort verkaufen. Wilhelmine Lauten'sche.“

Sondershausen, 2. Mai. (Karl Günther-Heim.) In der Gesellschaft für das Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen wird mitgeteilt, daß das hiesige Ministerium der rechtsfähigen Stiftung Karl Günther-Heim in Sondershausen die erforderliche Genehmigung zur Einsetzung erteilt hat. Nach der vom Ministerium genehmigten Verfassung erhält die Stiftung ihren Sitz in Sondershausen. Sie hat den Zweck, minderbemittelten erholungsbedürftigen Personen des Mittelstandes, und zwar in erster Linie den mittleren und unteren Beamten des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen, sowie deren Angehörigen (Eltern, Frauen und Kindern) zur Hebung ihres Gesundheitszustandes notwendige Aufenthalt und Pflege zu gewissen Preisen zu gewähren und strophulösen Kindern des Fürstentums den Gebrauch einer Soolbader zu ermöglichen. Hierbei wird besonders bestimmt, daß es keineswegs die Aufgabe dieser Stiftung ist, die staatliche oder kommunale Fürsorge auf den genannten Gebieten zu ersetzen oder zu erleichtern, daß sie vielmehr lediglich dergleichen eingreifen soll, wo die staatliche oder kommunale Fürsorge nicht eintreten kann.

Sondershausen, 3. Mai. (Die Spielzeugfabrik Zigarettenfabrik) will die Fabrikation einstellen. Sämtlichen Arbeitern ist zum 13. Mai gekündigt worden.

Reinhold bei Blauen, 4. Mai. (Ein Waldbrand) wütele im hiesigen Rittergutswalde, dem nahezu 8000 Stück Nadelbäume zum Opfer fielen. Zwei Männer, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, haben den Brand durch Unvorsichtigkeit verursacht.

Dresden, 4. Mai. (Juden Mord an dem Rentempfang) in Dresden werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Mörder Schöler ist nunmehr gefesselt in der sogenannten Wörzelle des hiesigen Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Die an ihn gerichteten Fragen beantwortet er gelassen und bezieht sich auf die Frage nach der Täterschaft aller möglicher Ausflüchte. Wie sich bei der Sierung des Beschuldigten ergibt, ist der Ermordete durch einen Schuß in den Kopf zu Tode gekommen und danach mit einem Keil, das in der Gruft aufgefunden wurde, erschlagen worden.

Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater. Aktienkapital: 160 Millionen Mark. - Reserve: 32 Millionen Mark. Ausführung sämtlicher bankgeschäftlicher Transaktionen.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.“) 3 Uhr 10 Minuten. Kredit 205,75, Diskonto 188,57, Deutsche Bank 264, Berliner Handelsgesellschaft 166,62, Dresdner Bank 157, Russische Anleihe von 1902 91,75, Türkenloose 177,50, London 185,20, Kanada 234,75, Baltimore 105,01, Laurahütte 175, Bochumer Susa 237,37, Gelsenkirchener 205,87, Harpener 186,57, Deutsch-Luxemburg 197, Phönix 262,12, A.-E.-D. 276,37, Siemens & Halske 251,62, Hamburger Pakfabrik 135,25, Nordl. Lloyd 98,12, Grosse Berliner Strassenbahn 195,50, Warschau-Wiener 224,25. Tendenz: Befestigt.

Am Kassamarkt notierten höher: Dürkopp 15,50, David Richter 2,90, Ver. Thüringer Metall 5, Teltower Kanal Terrain-Ges. 3, Deutsche Gaszucht 5, Thörls Oelfabrik 5,75, Renner Gerbstoff 4, Akkumulatorenfabrik 1, Harburg-Wilb. Gummi 12,75, Manufaktur Fason 4,50, nie d. r. e. r. Nordpark Terrain 25, Adler-Fahrrad 11,25, Kappel Maschinen 5, Kronprinz Metall 10,25, Linde Wagon 5, Frankfurter Gas 4,50, Julius Pintsch 5, Zeitzer Maschinen 4,50, Milch & Co. 4,25, Held & Francke 3, Deutsche Walfabrik 4,25, Ammendorfer Papier 3,25, Calmon Asbest 3,75.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Table with columns: Name, Kurs, Verk., Name, Kurs, Verk. Lists various companies like Adolphs-Kalk-Aktion, Alexanderhall, Beienrode, etc.

Vom Südkonzern. Die Akt.-Ges. Deutsche Kaliwerke in Beraterode erzielte im abgelaufenen Jahre einen Rohgewinn von 1.998.558 (1.994.032) Mark. Die Abschreibungen werden auf 358.462 (350.362) Mk. bemessen. Einschliesslich des Vortrages von 174.993 (351.521) Mark ergibt sich ein Ueberschuss von 1.470.799 (989.993) Mk., aus dem, wie bereits gemeldet, 8 Proz. Dividende auf das Kapital von 15 Mill. Mk. (i. V. 5 Proz. auf 12 Mill. Mk.) gezahlt werden sollen. Der Absatz stellte sich auf 189.436 d. Ko gegen 112.707 d. Ko i. V., und zwar entfallen von dem diesjährigen Absatz 116.878 d. Ko auf die Aufträge, die im letzten Jahre auf Bestellungen. Die für einmorige seit beschlossene Kapitalserhöhung auf 24 Mill. Mk. zwecks Angliederung des Amélie-Konzerns ist laut Geschäftsbericht durchgeführt.

Was die Tochtergesellschaften des Unternehmens anlangt, so wird das Kaliwerk Neu-Bleicherode von dem im ersten Halbjahre 1911 erzielten Reingewinn eine Dividende von 2 Proz. zahlen. Die Norddeutsche Kaliwerke dürfte 5 Proz. Dividende vorschlagen. Das Kaliwerk Ludwigshall wird eine Dividende nicht ausschütten. Die Gewerkschaft Innenrode dürfte mit den Ausbeutezahlungen demnächst beginnen. Die Gewerkschaft Amélie dürfte, wie die Verwaltung hofft, im laufenden Jahre zum Gewinnergebnis der Deutschen Kaliwerke wesentlich beitragen.

Vom Markt der Juteerzeugnisse. Der Verein Deutsche Jute-Industrieller in Braunschweig erstattet unter dem 3. Mai folgenden Wochenbericht: Kalkutta: Markt fest. Hessians 10 1/2 oz 40" bedingen 11,8 Rs. per 100 Yards (wie bisher). - New York: Markt fester und höher. Hessians 10 1/2 oz 40" kosten 5,25 Cts. per Yard (bisher 5,20 Cts.). - Dundee: Markt fester und höher bei steigender Tendenz. Es notieren: Hessians 10 1/2 oz 40" 2 1/2 d bis 2 3/4 d per Yard (2 1/2 d). - In Deutschland war der Markt sehr fest. - Die Preise sind aufwärts gerichtet.

Tagesordnung: Im Anschluss an den Geschäftsbericht führte der Vorsitzende im Grubenvorstande durch Gegenüberstellung der drei erstatteten Geschäftsberichte der Betriebsstätten und Erträgen den Beweis, dass die Werkleistung auch in dem letzten Kalenderjahre für eine Verbilligung der Gesteinskosten angelegentlichst bestrebt gewesen ist. Derselbe bezeichnete den Absatz im ersten Vierteljahre des Jahres 1911 als einen befriedigenden und stellte fest, dass der erzielte Gewinn für dieses Vierteljahr nach Rückstellung der Syndikatskosten, Preisausgleich, Zinsen, Knappschaftsbereitstellung usw. 235.928,07 Mark beträgt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: Der bilanziell ausgewiesene Bruttogewinn von 1.140.570,98 Mk. sowie der Antrag des Grubenvorstandes zu Abschreibungen 829.273,48 Mk. zu verwenden und 196.295,50 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen, fanden einstimmige Genehmigung der Gewerksversammlung. Derselbe beschloss ferner einstimmig die Wiederwahl der ausscheidenden Herren Kommerzienrat Franz Ortmann zu Sondershausen, Kommerzienrat Friedrich Lindemann zu Halberstadt, die Wahl des Herrn Generaldirektors Ferdinand Schweisgut in Halle a. S. Stelle des auf eigenem Wunsch ausgeschiedenen und in Aufsichtsrat der Akt.-Ges. Kriegerhall eingetretenen Herrn Bankdirektors August Strassen zu Bochum, und bestätigte die auf Grund des 8 1/2 der Satzungen durch den Grubenvorstand vorgenommene Zuwahl des Herrn Bankiers Friedrich H. Krüger zu Halberstadt für den Ende März dieses Jahres nach freundschaftlicher Uebereinkunft ausgeschiedenen Herrn Rechtsanwalt Dr. Heinrich Busch in Essen-Ruhr.

Rastenberg-Heldburg. Augenblicklich finden in Frankfurt a. M. Verhandlungen statt wegen des Erwerbs restlicher 749 Rastenberg-Kuxe durch die Heldburg-Akt.-Ges., die bereits 251 dieser Kuxe besitzt. Heldburg hat bekanntlich das Werk Rastenberg gepachtet und die bis 1. April 1912 laufende Option auf restliche 749 Kuxe, die sich im Besitz einer Gruppe unter der Führung der Metzurgischen Gesellschaft befinden, erworben. Die Verhandlungen sollen dem Abschluss nahe sein.

Gewerkschaft Dingelstedt. Im Anschluss an den im Februar erstatteten Bericht teilt der Grubenvorstand über den Verlauf der Arbeiten auf Dingelstedt folgendes mit: „Die Gesamteufe des Schachtes beträgt 232 m. Unter dem Keilzahn bei 153,67 m Teufe ist die Abteufarbeit unter gleichzeitiger Ausmessen des Schachtes fortgesetzt worden. Die Teufe unter dem Keilzahn 77,62 m Mauerwerk folken und der Schacht bis 211,29 m ausgebaut ist. Im provisorischen Ausbau stehen 20,71 m. Der Schacht steht im festen unteren Buntsandstein bei unverändertem Einfallen von ungefähr 10 Grad. Beim Einbruchbohren brachen leider aus der Teufe von 232 m am nördlichen Stoss plötzlich Wasser aus, die Röhren in der Teufe durch einen erheblichen Versatz und den Schacht bis zu 121 m Teufe füllten. Es wurde sofort mit der Montierung und dem Einbauen der nötigen Pumpenanlage begonnen, deren Fertigstellung in diesen Tagen beendet wird, und wir werden dann zum Sumpfen des Schachtes übergehen. Ueber Tage ist das Gebäude für die Fördermaschinenhausen sowie die Fundamente für die Fördermaschine fertiggestellt, so dass chestens mit der Montage begonnen werden kann.“

Gewerkschaft Althenhall in Hanover. Von der in der Gewerksversammlung vom 10. März 1911 beschlossenen Zubusse werden drei Raten von je 50 Mk. pro Kux zum 5. Juni, 5. Juli und 5. August d. J. zur Ausschreibung gebracht.

Hasseröder Papierfabrik Akt.-Ges. in Heidenau, Bezirk Dresden. Die Generalversammlung setzte die sofort zahlbare Dividende 4 Proz. auf 100 Mk. fest. Die Aktionäre, ob auch fernerhin Neuanlagen so grosse Aufwendungen zu erwarten sind, wie in der letzten Zeit, erwiderte Direktor Türk, dass in Heidenau sowohl als in Hasserode der Ausbau der Werke als abgeschlossen gelten könne und dass künftig die Ausgaben für die gute Instandhaltung der Anlagen sich innerhalb der Abschreibungen bewegen werden. Ueber den Geschäftsgang in diesen Jahre wurde berichtet, dass die Gesellschaft in beiden Betrieben voll beschäftigt und mit Aufträgen reich versehen ist.

Bernburger Maschinenfabrik Akt.-Ges. zu Alfeld-Leine. Nach dem Abschluss für 1910 gehen von dem Bruttogewinn von 604.782 (i. V. 257.225) Mk. ab für Generalunkosten, Steuern, Versicherungen und Zinsen 463.153 (i. V. 375.027) Mk., wozu weiterer Abzug von 100.000 Mk. zu betrachten. Nach dieser Berechnung verbleibt ein Netto-Ueberschuss von 6785 (i. V. Verlust 277.569) Mk. Es wird vorgeschlagen, hiervon 1063 Mk. dem ordentlichen Reservefonds zu überweisen und den Rest von 5722 Mk. als Extraabschreibungen auf Lizenzen und Versuchekonto zu verwenden. Im Hinblick auf die weitere Konsolidation der Vermögenslage wird vorgeschlagen, die Heranziehung des Dividendenreservefonds zur Dividendenverteilung abzusehen. Der Auftragsreingewinn im laufenden Jahre ist bisher „recht befriedigend“ gewesen.

Asbest- und Gummiwerke Alfred Calmon in Hamburg. Die im Geschäftsbericht angekündigte Sanierung soll in der Weise vorgenommen werden, dass 6 Mill. Mk. betragende Aktienkapital im Verhältnis von 2:1 zusammengelegt und durch Ausgabe von 3 Mill. Mk. Vorzugsaktien wieder auf 6 Mill. Mk. erhöht wird.

Waggonfabrik Gebr. Holmann & Co. in Breslau. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 35 Proz. fest und wählte neu in den Aufsichtsrat Kommerzienrat Talbot-Aachen. Der Vorstand berichtete, dass zurzeit 20 Proz. mehr Aufträge vorliegen als im Vorjahre. Auch für 1912 liegen grössere Aufträge vor als für 1911. Dagegen seien die Preise sehr gedrückt. Immerhin könne wieder ein befriedigendes Geschäftsergebnis erwartet werden.

Das Bankgeschäft Kurt Schuhknecht & Co. in Hamburg ist in Konkurs geraten.

Waren und Produkte.

Getreide. Berliner Produktenbörse. 4. Mai. Am Frühmarkt notierten Weizen inländ. 202,00-205,00, alt Bahn und frei Möhle, Roggen inländ. 167,00-170,00, alt Bahn und frei, Hafer inländ. 135,00-138,00, Mecklenburger, pommer. preussisch, poenscheer, schlesischer 160-165, mittel 182-185, gering 178-181, russisch, und Donau mittel 167-172, gering 163-166, alt Bahn und frei Wagen, Mehl inländ. 140-145, neuer, russischer 144,00-150,00, frei Wagen. Gerste, inländische Futtergerste mittel und gering 157,00-168,00, geringe 160-165, russische und Donau leicht 147,00-152,00, schwere 153-163, alt Bahn und frei Wagen. Erbsen inländische ausländische mittel 150-155, alt Bahn und frei Wagen, Erbsen 165-175, alt Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 25,25 bis 27,25, Roggenmehl 0 und 1 21,50-23,80, Weizenkleie 10,25-11,75, Roggenkleie 10,80-11,50.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists various goods like Weizen, Hafer, Zucker, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Hamburg, Havre, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Nordhausen, Köln, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Bremen, Liverpool, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like New York, Weizen, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Hamburg, Bremen, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Kaiser, Bremerhaven, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Wasserstände, etc.

Table with columns: Name, Price, Name, Price. Lists goods like Isar, etc.

